

Beschluss des Landrats vom 29.11.2018

Nr. 2386

34. Digitalisierung im Datentransfer – Chancen angemessen nutzen 2018/462; Protokoll: mko

Die Regierung ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, sagt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP). Zugleich wird Abschreibung beantragt. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Lucia Mikeler (SP) dankt für die Beantwortung – sie ist aber nicht ganz einverstanden damit und auch nicht ganz sicher, ob die Regierung verstanden hat, was gemeint war. Es geht um die Sicherung der heiklen Daten, heute im Zeitalter der Digitalisierung. Es wird darauf hingewiesen, dass man das Anliegen bei der Digitalisierungsstrategie berücksichtigen will. Das sieht die Rednerin nicht ganz so. Das Umsetzungsverfahren verläuft in drei Stossrichtungen und zählt 45 Massnahmen. Die eigentliche Frage, wie die Thematik im Sozialbereich geregelt wird, wird hier nicht beantwortet. Bei der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie hat sich auch gezeigt, dass viele Themen zusammen mit den Gemeinden bearbeitet werden müssen – als behördenübergreifende digitale Zusammenarbeit (wie das bereits heute schon stattfindet im Bauwesen oder im Bereich der Einwohnerdienste). Die eigentliche Frage zur Sozialhilfe ist nicht genügend beantwortet. Es gibt auch keine klare Antwort, wie die hochsensiblen Daten mit den Gemeinden zeitnah ausgetauscht werden sollen. 2022 ist weit weg. Man darf festhalten, dass letzte Woche im Wirtschaftsforum nochmals darauf hingewiesen wurde, dass man der Zeit hinterher eilt – und die Digitalisierung einer der wichtigsten Schwerpunkte ist. Die Rednerin sieht Handlungsbedarf – man sollte diesem Umstand vor 2022 Rechenschaft tragen. Die Antwort gibt keinen Hinweis, was in der Zwischenzeit gemacht werden könnte (wie die Zusammenarbeit Gemeinden/Kanton stattfinden soll). Darum wird beantragt, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Auch **Andreas Bammatter** (SP) rekurriert auf das Wirtschaftsforum. Wer dabei war, hat von namhaften Referentinnen und Referenten gehört, dass die Digitalisierung und der Datenaustausch zu den sensibelsten Themen gehören, die man heute hat. Wenn man von der Sozialversicherung Daten nimmt, weiss man, dass es sich um hochsensible Daten handelt. Es ist zwar etwas im Gang – auch wenn man bis 2022 wartet und das Postulat abschreibt. Man muss aber wissen, dass man jetzt schon Möglichkeiten hätte, etwas Druck aufzusetzen; damit die Daten nicht wie eine offene Postkarte in der Welt herumfliegen (auch das wurde gezeigt). Wenn die Regierung die Landräte zusammenruft und im Wirtschaftsforum den Finger aufhebt («Ihr müsst achtsam sein!»), so ist das Parlament aufgefordert, dieser Aussage Nachdruck zu verleihen: damit die Regierung weiterhin dran bleibt. Lucia Mikeler hat gesagt, dass die Frage noch nicht abschliessend beantwortet ist. Der Redner plädiert für Nicht-Abschreibung.

Das Geschäft war schon so oft auf der Traktandenliste, dass **Hanspeter Weibel** (SVP) weit zurückgehen musste, um zu schauen, was er damals notiert hat. Man hat in der Zwischenzeit die Digitalisierungsstrategie besprochen – einer der ganz entscheidenden Punkte war die Frage der Sicherheit. Man darf sie nicht auf bestimmte Daten einschränken – hier muss man bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie grundsätzlich handeln. Ein Blick zurück: Man hat vor einigen Jahren über E-Voting gesprochen, man hat dabei auch über Sicherheitsfragen diskutiert. Es gab Voten, die besagten, dass diese Probleme gelöst seien – jetzt aber hat Genf sein E-Voting-System wegen Unsicherheiten zurückgezogen. Das Thema Sicherheit darf man also nicht nur bestimmte Fragen eingrenzen – es ist eine generelle Thematik. Die Digitalisierungsstrategie beinhaltet auch die Regelung zwischen Kanton und Gemeinden. Das kann man nicht nur auf die Daten, die im

Vorstoss angesprochen sind, anwenden. Zum Zeitablauf: Es ist ein Postulat. Das heisst, dass geprüft und berichtet werden muss. Selbst wenn man es stehen lässt, ist es durch den gefassten Beschluss (Zustimmung zur Digitalisierungsstrategie) bereits überholt. Man gewinnt also keine Zeit. Man kann sich darum der Antwort der Regierung anschliessen und das Postulat abschreiben. Das ist aber klar verbunden mit der Auflage, dass bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie das Thema Sicherheit (Datensicherheit, Zugriff auf die Daten, Datenaustausch) einen hohen Stellenwert haben muss.

Rolf Blatter (FDP) gibt bekannt, dass seine Fraktion dem Antrag der Regierung folgen und abschreiben werde.

Pia Fankhauser (SP) weist darauf hin, dass es hier eigentlich um eine andere Frage, nämlich jene der elektronischen Identität, gehe. Wie stellt man sicher, dass jene Personen, welche Daten austauschen, entsprechend identifiziert sind? Hier nützt eine Digitalisierungsstrategie nichts, sondern es gilt zu definieren, wer auf welcher Ebene wie elektronisch identifiziert wird. Das ist ein wichtiges Thema und noch nicht beantwortet. Die Subko IT beschäftige sich damals in ihrem Mitbericht mit der Digitalisierungsstrategie. Die elektronische Identität auf Gemeindeebene ist aber noch nicht wirklich geregelt – und die verschiedenen Systeme werden einen die nächsten paar Jahre noch beschäftigen. Desgleichen beim Thema eHealth, wo es Stammgemeinschaften gibt und man auch noch nicht so weit ist. Man muss also jedes einzelne Thema gesondert betrachten, weil das Anliegen und die involvierten Personen jedes Mal andere sind.

Aus diesem Grund unterstützt die Votantin das Stehenlassen des Postulats. Es bliebe somit als Thema und Erinnerung bestehen, dass die elektronische Identität nach wie vor eine grosse Herausforderung ist.

Lucia Mikeler (SP) weist darauf hin, dass im Mitbericht der GPK explizit eine schnelle Umsetzung angemahnt wurde. Es dauert ja aber noch vier Jahre. Die Zeit rast. Man muss somit ein Auge darauf haben, weshalb sie sich wünscht, dass das Thema weiterhin beobachtet wird und man es später wieder kontrolliert.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 53:22 Stimmen abgeschrieben.
